

No time for losers

Rechte Orientierungen gewerkschaftlich organisierter Jugendlicher

Dr. Hans-Werner Horn, geb. 1953 in Waldbröl, Ausbildung zum Werkzeugmacher, Studium der Sozialpädagogik in Koblenz und Tübingen, war Mitarbeiter im Projekt „Politische Orientierungen jugendlicher Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer“ der Universität Tübingen. Zur Zeit ist er Mitarbeiter im Projekt „Beschäftigungssicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen für junge Menschen, Arbeitslose und von Arbeitslosigkeit bedrohter Arbeitnehmer“ des DGB Baden-Württemberg.

Im folgenden Beitrag werden Ergebnisse eines von der Hans-Böckler-Stiftung geförderten Forschungsprojektes über politische Orientierungen sogenannter „normaler“ Arbeitnehmerjugendlicher vorgestellt.¹ In einer ostdeutschen und einer westdeutschen Region wurden dazu repräsentativ ausgewählte Auszubildende in Betrieben und Berufsschulen befragt sowie Gruppendiskussionen und Einzelinterviews geführt.² Gegenstand der Untersuchung waren nicht nur die verschiedenen politischen Orientierungen, sondern auch deren subjektive Begründungsmuster sowie ihr Zusammenhang zu den jeweiligen Lebensorientierungen und Lebenssituationen. Im Mittelpunkt der Untersuchung stand die Frage, warum Jugendliche überhaupt politisch rechte Orientierungen entwickeln und wie diese subjektiv begründet sind.

Die Analyse stützte sich auf die Beobachtung, daß Jugendliche in Deutschland keine einheitliche Gruppe mehr darstellen, dies gilt auch für die Auszubildenden. Die soziale Ausdifferenzierung in deutlich unterscheidbare Segmente scheint heute für die Gesellschaft an Bedeutung zu gewinnen. Auch für die Jugendlichen sind die sozialen Ausdifferenzierungen und die damit verbundenen Prozesse sozialer Ausgrenzung in der Gesellschaft erfahrbar. Deshalb wurde in der Untersuchung das Schwergewicht auf vergleichende Untergruppenanalysen gelegt. Folgende Segmentierungslinien haben sich dabei im Hinblick auf die politische Orientierung als bedeutsam erwiesen:

1 Das Forschungsprojekt „Politische Orientierungen jugendlicher Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und ihre subjektive Begründungen im Kontext gesellschaftlicher Veränderungen“ wurde unter Mitarbeit von Edeltraud Horn-Metzger und Christine Riegel von Josef Held, Hans-Werner Horn und Atanasios Marvakis durchgeführt. Die Ergebnisse des Projekts werden im Herbst 1995 unter dem Titel „Gesplante Jugend“ als Buch (Leske und Buderich) veröffentlicht.

2 Die Untersuchung wurde in Leipzig (Ostregion) und im Mittleren Neckarraum (Westregion) durchgeführt. In die Stichprobe wurden 511 Jugendliche in Leipzig und 612 Jugendliche im Mittleren Neckarraum einbezogen. Die Fragebogenerhebung fand im Frühjahr 1993 statt, die Gruppen- und Einzelinterviews wurden zwischen Herbst 1993 und Sommer 1994 geführt.

- Jugendliche in West- und Ostdeutschland,
- weibliche und männliche Jugendliche,
- ausländische und deutsche Jugendliche,
- sozial benachteiligte und „privilegierte“ Jugendliche.

Auszubildende in der Westregion tendierten deutlich weniger zu rechten politischen Orientierungen als in der Ostregion. Die größte Differenz fand sich zwischen den Geschlechtern. Männliche Auszubildende neigen stärker zu politisch rechten Orientierungen als weibliche Auszubildende. Bei den Orientierungen „Autoritarismus“ und „Rassismus“ fand sich kein signifikanter Unterschied zwischen deutschen und ausländischen Auszubildenden, die deutschen Jugendlichen tendieren aber deutlich stärker zu einem „ausgrenzenden Nationalismus“.

In den politischen Orientierungen und in den Lebenssituationen unterscheiden sich also alle untersuchten segmentierten Gruppen. Gleichzeitig haben wir festgestellt, daß die politischen Orientierungen bei jeder Gruppe anders begründet sind und deshalb die Unterschiede von dem jeweiligen Begründungshintergrund aus gesehen werden müssen. Für die politische Bildungsarbeit der Gewerkschaften dürfte besonders wichtig sein, daß die politischen Orientierungen der Jugendlichen nach Art und Größe der Betriebe unterschiedlich sind. Auszubildende aus größeren Industriebetrieben des Metall- und Elektrobereichs tendieren mehr zu rechten Orientierungen als Jugendliche im Bereich des Handwerks. Dabei ist zu beachten, daß sich männliche, gewerkschaftlich organisierte Jugendliche im industriellen Sektor konzentrieren. Für die Westregion gilt, daß organisierte Auszubildende deutlich stärker zu nationalistischen und rassistischen Positionen tendieren als nicht organisierte Jugendliche. Jugendliche in den industriellen Bereichen scheinen am stärksten von Modernisierungstendenzen tangiert, der Konkurrenzdruck verschärft sich. Die Ausgrenzungsbereitschaft der jugendlichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer drückt insofern zunächst einmal lediglich die Wahrnehmung bestehender wirtschaftlicher Konkurrenzverhältnisse aus.

Die herausgearbeiteten subjektiven Begründungen bzw. Begründungsmuster für die politischen Orientierungen bieten die Möglichkeit zu einer differenzierteren Auseinandersetzung über gesellschaftliche Denk- und Deutungsangebote. Auf diesem Hintergrund besteht die Chance, daß die derzeitige Auseinandersetzung um die soziale Frage und die gesellschaftliche Entwicklung in einer Weise thematisiert werden, die es Jugendlichen ermöglicht, subjektive rechte Orientierungszusammenhänge aufzulösen und zu erkennen, daß die Ausgrenzung von anderen für die eigenen Probleme keine Lösung und Perspektiven enthält. In der Unterstützung dieses Prozesses der aktiven Auseinandersetzung mit gesellschaftlichen Problemen und Zukunftsperspektiven scheint uns derzeit eine wichtige politische Verantwortung für die Jugendbildungsarbeit zu liegen.

Politische Orientierungen von gewerkschaftlich organisierten und nichtorganisierten Auszubildenden

Die Ergebnisse der Untersuchung zeigen, daß sich gewerkschaftlich organisierte von nichtorganisierten Jugendlichen in ihren politischen Orientierungen deutlich unterscheiden. Dies trifft für alle politischen Orientierungen der Untersuchung zu: Jugendliche Gewerkschaftsmitglieder tendieren im Vergleich zu ihren nichtorganisierten Kolleginnen und Kollegen stärker zu nationalistischen und rassistischen Positionen. Gewerkschaftsmitglieder stimmen autoritaristischen Items deutlicher zu als nichtorganisierte Jugendliche. Auch bei der internationalen Orientierung unterscheiden sich die Vergleichsgruppen. Jugendliche Gewerkschaftsmitglieder sind im Durchschnitt deutlich weniger international orientiert als Nichtgewerkschaftsmitglieder. Auf Ablehnung stößt allerdings in beiden Gruppen eine rassistische Orientierung.

Bei der Untersuchung nationaler Orientierungsmuster wurde in der Studie eine weitere Ausdifferenzierung der Einstellung in eine „ausgrenzend nationale“, eine „völkisch nationale“ und eine „expansiv nationale“ Orientierung vorgenommen. Sowohl beim ausgrenzenden wie auch beim völkischen Nationalismus zeigt sich, daß gewerkschaftlich organisierte Jugendliche im Vergleich zu nicht organisierten Jugendlichen stärker zu diesen Positionen tendieren. Keinen bedeutsamen Unterschied zwischen den Gruppen fanden wir lediglich beim expansiven Nationalismus.

Erklärungsgründe für die unterschiedlichen politischen Orientierungen

Welche Erklärungen gibt es für die beschriebenen Differenzen? Die Bemühungen der Gewerkschaften, rassistischen, nationalistischen und ausländerfeindlichen Tendenzen in der Gesellschaft wirkungsvoll zu begegnen, schlagen sich nicht in den Orientierungen ihrer jugendlichen Mitglieder nieder. Zumindest in dieser Beziehung sind die Gewerkschaften kein identitätsbildender Faktor. Unsere Ergebnisse zeigen, daß die jugendlichen Mitglieder deutlich stärker nach rechts tendieren als die Nichtmitglieder. Die Frage nach einer wirkungsvollen Politik der Gewerkschaften gegen soziale und politische Ausgrenzungsprozesse stellt sich angesichts unserer Forschungsergebnisse um so dringlicher.

Wenn die auf Integration von Ausländern gerichteten gewerkschaftlichen Positionen die eigenen Mitglieder nicht erreichen, stellt sich die Frage nach den Gründen:

- Sind es eher andere Botschaften, die von den jungen Gewerkschaftsmitgliedern aufgenommen werden (z. B. Standortsicherung, Sicherheits-erwartungen etc.)?
- Ist die gewerkschaftliche Politik gegen Ausländerfeindlichkeit, rassistische Tendenzen und Nationalismus wirklich geeignet, Prozessen sozialer Ausgrenzung wirkungsvoll zu begegnen, oder wirken diese „Aufklärungsansätze“ eher kontraproduktiv?

- Sind für die politisch rechteren Orientierungen regionale Unterschiede und sozialstatistische Merkmale ein geeigneter Erklärungshintergrund?

Gehen wir zunächst der dritten Frage nach. Im folgenden soll näher untersucht werden, welchen Einfluß die untersuchten Regionen, die Geschlechtszugehörigkeit, die Nationalitätenzugehörigkeit sowie die Verteilung auf die Sektoren Industrie, Handwerk, Dienstleistung etc. auf die politischen Orientierungen haben.

Regionale Unterschiede: Wenn wir die Regionen einzeln betrachten, stellen wir fest, daß sich in der Ostregion die jugendlichen Gewerkschaftsmitglieder von den unorganisierten Auszubildenden in ihren politischen Orientierungen nicht bedeutsam unterscheiden. Zwischen den Vergleichsgruppen scheint es in der Ostregion eine größere Homogenität zu geben. In der Westregion hingegen unterscheiden sich Gewerkschaftsmitglieder von Nichtmitgliedern statistisch bedeutsam. Die organisierten Jugendlichen tendieren im Vergleich zu den nicht organisierten Jugendlichen in allen politischen Orientierungen stärker nach rechts. Vergleichen wir nur die gewerkschaftliche organisierten Jugendlichen beider Regionen miteinander, so stellen wir fest, daß es mit Ausnahme der expansiven nationalen Orientierung keine statistisch bedeutsamen Unterschiede gibt.³

Während die gewerkschaftlich organisierten Jugendlichen in der Ost- und Westregion ein einheitlicheres Bild in den politischen Orientierungen abgeben, ist dies bei den nicht organisierten Jugendlichen völlig anders. In allen politischen Orientierungen tendieren die unorganisierten Auszubildenden der Ostregion signifikant stärker nach rechts, im Vergleich zu den unorganisierten Auszubildenden der Westregion. Ein Teil der Gesamtdifferenz zwischen Gewerkschaftsmitgliedern und Nichtmitgliedern klärt sich also durch die politischen Orientierungen der nichtorganisierten Auszubildenden in der Westregion. Diese Gruppe tendiert deutlich weniger zu politisch rechten Orientierungen als die oben genannten Vergleichsgruppen.

Geschlechtszugehörigkeit: Junge Frauen sind in den Gewerkschaften entsprechend ihrem Anteil an den Auszubildenden unterrepräsentiert. Da weibliche Auszubildende im Vergleich zu männlichen Auszubildenden in deutlich geringerer Zahl zu rechten politischen Orientierungen tendieren, könnte der Unterschied zwischen gewerkschaftlich organisierten und nicht organisierten Jugendlichen u. a. damit zusammenhängen, daß weniger weibliche Auszubildende organisiert sind. Die größere Rechtsorientiertheit organisierter Jugendlicher würde sich dann also durch die Überrepräsentanz junger Männer erklären lassen. Diese Annahme gilt es zu prüfen: Parallelieren wir unsere Stichprobe entsprechend der Anteile weiblicher und männlicher Gewerkschaftsmitglieder/Nichtmitglieder, entfallen bei einigen politischen Orientierungen die signifikanten Unterschiede zwischen organisierten

³ Der expansive Nationalismus wird von den organisierten Auszubildenden in der Ostregion signifikant stärker abgelehnt als in der Westregion.

und nicht organisierten Auszubildenden, bei anderen bleiben sie aber weiter statistisch bedeutsam. Differenzen bleiben insbesondere hinsichtlich der internationalen und nationalen Orientierung bestehen: Gewerkschaftlich organisierte Jugendliche stimmen dem ausgrenzenden Nationalismus auch in der parallelisierten Stichprobe signifikant stärker zu, als nicht organisierte Jugendliche. Daß bedeutet, daß der geschlechtsspezifische Einfluß nur teilweise die Differenzen in den politischen Orientierungen zwischen den Vergleichsgruppen erklären kann. Nationalistische und ausgrenzend nationalistische Orientierungen haben bei jugendlichen Gewerkschaftsmitgliedern einen größeren Stellenwert als bei Nichtmitgliedern.

Nationalitätszugehörigkeit: Ein möglicher Einfluß der Nationalitätszugehörigkeit wurde in unserer Studie nur in Hinblick auf die Westregion untersucht, da in die Stichprobe der Ostregion keine ausländischen Jugendlichen enthält.⁴ Der Einfluß „ausländischer“ Auszubildender in der Westregion führt dazu, daß sich die rechten Orientierungen bei den organisierten Jugendlichen im Durchschnitt etwas vermindern. Ohne die „ausländischen“ organisierten Jugendlichen wäre die Differenz zu den nicht organisierten Auszubildenden noch größer.

Es kann zusammenfassend festgehalten werden:

- Gewerkschaftlich organisierte Jugendliche in der Westregion unterscheiden sich in einigen politischen Orientierungen statistisch bedeutsam von den nicht organisierten Jugendlichen.
- In der Westregion tendieren männliche organisierte Jugendliche im Vergleich zu männlichen nicht organisierten Jugendlichen stärker nach rechts.
- Bei weiblichen Auszubildenden der Westregion zeigt sich ein ähnliches Bild. Die organisierten jungen Frauen tendieren im Vergleich zu den nicht organisierten weiblichen Auszubildenden stärker zu rechten Orientierungen. Auffällig ist auch, daß die weiblichen organisierten Auszubildenden der Ostregion weniger nach rechts tendieren als die in der Westregion.
- Weibliche nicht organisierte Azubis der Westregion lehnen rechte Orientierungen am deutlichsten ab.
- In der Ostregion unterscheiden sich organisierte und nicht organisierte Azubis insgesamt nicht bedeutsam in ihren politischen Orientierungen.
- Aber weibliche Auszubildende in der Ostregion lehnen rechte Orientierungen deutlicher ab als männliche Jugendliche dieser Region. Dies gilt gleichermaßen für gewerkschaftlich organisierte und nicht organisierte Jugendliche.

Einfluß der Sektoren Industrie, Handwerk, Dienstleistung etc.: Auszubildende in den Industriebetrieben tendieren deutlicher zu politisch rechten Orientierungen als Auszubildende im Bereich des Handwerks und der Dienstleistungsunternehmen. Hauptsächlich konzentrieren sich gewerk-

⁴ Zum Erhebungszeitpunkt gab es in der Region Leipzig fast keine ausländischen Jugendlichen im Berufsausbildungsverhältnis.

schaftlich organisierte Jugendliche im industriellen Sektor.⁵ Der Unterschied zwischen organisierten und nicht organisierten Jugendlichen kann so weitgehend erklärt werden, denn innerhalb des industriellen Sektors unterscheiden sich jugendliche Gewerkschaftsmitglieder in ihren politischen Orientierungen von Nichtmitgliedern insgesamt nicht wesentlich. Interessant aber ist, daß sich in der Westregion die gewerkschaftlich organisierten Jugendlichen tendentiell eher politisch rechts orientieren, in der Ostregion hingegen die unorganisierten Auszubildenden diese Richtung aufweisen:

- Ein Vergleich zwischen den Sektoren Industrie, Handwerk und anderen Bereichen zeigt deutlich, daß Jugendliche im industriellen Sektor stärker politisch nach rechts tendieren.
- Gewerkschaftlich organisierte Jugendliche sind hauptsächlich in den industriellen Betrieben konzentriert.

Dieses Ergebnis bedeutet, daß die sozialstatistischen Merkmale und die regionalen Unterschiede einen Teil der Differenz zwischen gewerkschaftlich organisierten und nicht organisierten Jugendlichen erklären. Für die Gewerkschaften ändert dies aber nichts an der Tatsache, daß ihre (jugendlichen) männlichen Mitglieder, insbesondere in den industriellen Bereichen, rechten politischen Orientierungen gegenüber teilweise aufgeschlossen sind. Insbesondere die ausgrenzende nationale Orientierung findet bei den organisierten Jugendlichen größere Zustimmung.

Ausgrenzende Tendenzen bei jugendlichen Gewerkschaftsmitgliedern

Wir müssen danach fragen, welche Hintergründe mit einer Erklärung dafür sein können, daß die Auszubildenden im industriellen Bereich für politisch rechte Orientierungen aufgeschlossener sind gegenüber Auszubildenden in anderen Sektoren und weshalb die gewerkschaftlich organisierten Jugendlichen diesem Trend nicht entgegengetreten, sondern ihn eher noch bekräftigt?

1. Brüchigkeit des alten Solidaritätsmodells

Gewerkschaftliche Politik sieht sich verstärkt dem Problem ausgesetzt, auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung adäquat zu reagieren und Einfluß zu nehmen. Die Diskussionen über die „richtigen“ gewerkschaftlichen Strategien, ihre zukünftige Bedeutung finden angesichts sinkender Mitgliederzahlen, steigender hoher Arbeitslosigkeit und zunehmender Konkurrenzverschärfung im internationalen Maßstab statt. Hierbei zeichnen sich unterschiedliche Perspektiven in den Debatten ab, wobei aber das Prinzip der Erwerbsarbeit und der daran gekoppelten Lohn- und Gehalts- oder Ersatzleistungen im Vordergrund steht.

In diesem Kontext ist gewerkschaftliche Politik teilweise von einem mehr oder weniger großen Verständnis für die „Zwänge“, denen Betriebe im Kon-

⁵ Es handelt sich vorrangig um Elektro- und Metallbetriebe und die Baubranche.

kurrenzkampf ausgesetzt sind, geprägt. Mit der Erfahrung im Hintergrund, daß die „soziale Marktwirtschaft“, zumindest für einige hochindustrialisierte Länder durchaus in der Lage war, Konsequenzen von Konkurrenzkämpfen sozial abzufedern, wird der kapitalistischen Wirtschaftsform in ihrer Logik letztlich gefolgt. Modelle des sogenannten „realen Sozialismus“ bewiesen ja geradezu, daß sie weder in ihrer wirtschaftlichen Struktur noch in ihrer politischen Beschaffenheit in der Lage waren, den Existenzbedürfnissen der Menschen in ökonomischer, kultureller und politischer Hinsicht gerecht zu werden. Insofern scheint die Erhaltung der Konkurrenzfähigkeit von Betrieben, verbunden mit der Standortfrage und der Qualitätssicherung durch eine gute Ausbildung, ein möglicher Weg für eine arbeitsplatzsichernde Politik zu sein. Hierin liegt die Gefahr, Gewerkschaftspolitik, sofern sie dem wirtschaftlichen Konkurrenzprinzip folgt, mehr und mehr auf die Ebenen von Betriebspolitik zu verengen. Dabei gerät die gesamtgesellschaftliche Perspektive notgedrungen zugunsten einer betrieblichen (Konzern-) Konkurrenzperspektive aus den Augen.⁶ Die Akzeptanz des Konkurrenzgedankens in der Wirtschaft wird nahegelegt, da Gewerkschaften sozusagen gezwungen sind, auf aktuelle wirtschaftliche und konkrete betriebliche Entwicklungen rasch zu reagieren.

Im Zusammenhang mit dem Argument der Konkurrenzfähigkeit steht die Standortdebatte, die an Bedeutung gewonnen hat. Sie ist Ausdruck der internationalen Konkurrenzverhältnisse, die sich teilweise drastisch verschärft haben. In ihrer Folge gewinnen auch auf Ausgrenzung gerichtete Tendenzen an Bedeutung. Gesellschaftliche Strukturen laufen Gefahr, durch Ausgrenzungsprozesse ihre Verbindlichkeit zu verlieren. „Gerade in den entwickelten kapitalistischen Metropolen zeichnet sich also das Bild einer sich „entgesellschaftlichenden“ Gesellschaft ab, die in sich in gegeneinander isolierende Subkulturen, Interessengruppen, gewaltsam ausgegrenzte sowie sich kulturell und sozial voneinander abgrenzende Gemeinschaften zerfällt. Dadurch wird es immer schwieriger, sich auf die Grundprinzipien der gesellschaftlichen Verfassung und der dieser zugrundelegenden Normen zu verständigen. Daher ist es nur scheinbar paradox, daß die reale Globalisierung des kapitalistischen Weltmarkts sich mit dem Wiederaufleben rassistischer, biologistischer, ethnozentristischer und wohlfahrtschauvinistischer Strömungen verbindet und daß die Nationalismen um so stärker aufblühen, je schwächer und handlungsunfähiger das nationalstaatliche System in Hinsicht auf eine sozial regulierte ökonomische Entwicklung wird“.⁷

In Krisenzeiten wird besonders deutlich, daß die Konkurrenzlogik mit teilweise krassesten Härten für die „überflüssigen“ Arbeitskräfte verbunden ist. Staatliche Auffanginstrumente greifen nur unzureichend. Die Sorgen um die persönliche Zukunft finden immer größere Berechtigung. Auch jugendliche Gewerkschaftsmitglieder können zu dem Schluß kommen, daß ihre Absiche-

6 Viele Interviewpassagen verweisen auf diesen Zusammenhang.

7 Joachim Hirsch, Vom fordistischen Sicherheitsstaat zum nationalen Wettbewerbsstaat. In: Das Argument Nr. 203, Heft 1/94, S. 15.

rung am ehesten durch gegen andere gerichtete Ausschlußmaßnahmen gewährleistet ist. Sie erwarten möglicherweise, daß ihre Gewerkschaft ihnen dabei hilft, die Reproduktionsbedingungen zu erhalten und dabei die Gefährdungsmomente durch „unnötige“ Konkurrenz weitgehend zu minimieren.

Gewerkschaftliche Strategien gegen Ausländerfeindlichkeit und Rassismus, die sich auf das „Nützlichkeitsargument“ stützen, verlieren im zunehmenden Konkurrenzdruck leicht an Kraft. Wenn bisher Arbeitnehmer ohne deutschen Pass tatsächlich wesentlich zum Bruttosozialprodukt beigetragen haben, wenn sie tatsächlich Arbeiten verrichteten, die zwar erforderlich aber gleichzeitig auch besonders unangenehm sind, wenn sie tatsächlich zur Konkurrenzfähigkeit „deutscher“ Betriebe beigetragen haben, indem ein bestehender Arbeitskräftemangel ausgeglichen werden konnte, so fallen in Krisenzeiten eben diese positiv funktionalen Aspekte weg. Auch wenn sich die Gewerkschaften noch so sehr bemühen, die Funktionalität und die wichtigen Beiträge der „ausländischen Kolleginnen und Kollegen“ zum Wirtschaftswachstum zu betonen, wird gerade in dieser Argumentation mindestens ebenso deutlich, daß sie eben nur zeitlich befristet günstig und brauchbar ist. Ihre Tragfähigkeit kann im Rahmen zunehmenden Konkurrenzdrucks schnell brüchig werden. Besonders in Frage gestellt ist nach diesem Argumentationsmuster zudem die „Nützlichkeit“ von Menschen nichtdeutscher Nationalität, die keinen Beitrag zum wirtschaftlichen Fortschritt leisten.

Es ist für jugendliche Arbeitnehmer naheliegend, daß im gewerkschaftlichen Organisationsrahmen nur ihre eigenen gegenwärtigen, aber auch zukünftigen Existenzgrundlagen vertreten werden. Wenn diese Ziele erfolgversprechend scheinen, indem andere Menschen von den Zugängen zu Arbeitsverhältnissen ausgegrenzt werden, oder nur unter erschwerten Bedingungen *Zugang zum Arbeitsmarkt* finden, ist diese Akzeptanz hauptsächlich ein Ausdruck von Sicherheitsbedürfnissen und überhaupt nicht ungewöhnlich. Die Ausgrenzungsbereitschaft der jugendlichen Arbeitnehmer drückt erst einmal lediglich deren Wahrnehmung von Konkurrenzverhältnissen aus und verläuft konform zu bestehenden gesetzlichen Regelungen. Alternativen zu diesen Handlungsangeboten erreichen in der gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Situation bisher keine entsprechende Tragweite. Für globale Zielsetzungen, die häufig durch verbale Solidaritätsbekundungen begleitet werden, wie beispielsweise: „Die Bekämpfung der weltweiten Armut ist eine der wichtigsten Aufgaben“ oder „Gewerkschaftliches Handeln bedeutet solidarisches Handeln auch über nationale Grenzen hinweg“, etc. fehlen weitgehend handlungsrelevante Perspektiven, wogegen für die direkten situationsbezogenen Interessen an Arbeitsplatzsicherung auch in der Steigerung von Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit direkte Handlungsmöglichkeiten erkannt werden. Warum, so könnten sich Jugendliche fragen, sollten Sicherungsmaßnahmen, die Menschen ohne deutschen Paß vom Arbeitsmarkt eher ausschließen, nicht besser für uns sein, als selber vom Arbeitsmarkt verdrängt zu werden? Die bestehenden gesetzlichen Regelungen (Aus-

länderrecht) geben dieser Argumentation scheinbar recht. Die deutsche Staatszugehörigkeit kann so zu einem Ausgrenzungskriterium werden, welches nationalistische Orientierungen jugendlicher Gewerkschaftsmitglieder nahelegt.

Unsere Untersuchung zeigt, daß Jugendliche in beiden Regionen einer Leistungsorientierung deutlich zustimmen. Leistungsorientierung als eine Lebensperspektive geht mit der Akzeptanz bestehender Konkurrenzverhältnisse konform und verbindet sich deutlich mit einer ausgrenzenden nationalen Orientierung. Bei jugendlichen Gewerkschaftsmitgliedern ist dieser Zusammenhang deutlicher ausgeprägt als bei unorganisierten Auszubildenden.⁸ Dies deutet zumindest darauf hin, daß die Leistungsorientierung in der Gruppe der Gewerkschaftsmitglieder stärker ideologisch besetzt ist. In diesem Zusammenhang gewinnt die soziale und politische Ausgrenzung derer an Gewicht, die den erwarteten Leistungsvorstellungen nicht entsprechen. Hierzu zählen Menschen, die arm sind, aus anderen Ländern flüchteten. Ihnen wird unter Umständen mangelnde Leistungsbereitschaft unterstellt und somit der Vorwurf, die Armut selber verschuldet zu haben. Allgemein kann gesagt werden, daß sich die soziale Ausgrenzung gegen sozial schwache Gruppen in der Gesellschaft richtet.⁹ Gewerkschaftlich organisierte Jugendliche distanzieren sich deutlicher als unorganisierte von Menschen, die sozial schlechter gestellt sind.

Gewerkschaftliche Strategien, die darauf ausgerichtet sind, durch Verkürzung der Arbeitszeit die vorhandene Arbeit zu verteilen, scheinen eher geeignet, ausgrenzenden Orientierungen entgegenzuwirken. Sie stellen das Konkurrenzprinzip als einzige Möglichkeit von Entwicklung zumindest indirekt in Frage und machen es brüchig. Arbeitszeitverkürzung als arbeitsplatzsichernde und arbeitsplatzschaffende gewerkschaftliche Strategie weist eine gesellschaftliche Perspektive auf, und engt sich nicht allein auf betriebsorientierte Argumentationen ein. In ihnen liegen zumindest Ansätze, die gedanklich auf sozialer Gerechtigkeit und Solidarität basiert. Ausgrenzungspraxen, rassistische Diskriminierungen und Nationalismen lassen sich letztlich mit diesen Werten nicht vereinbaren. Notwendig ist eine „Tarifpolitik (...) mit einer Reichweite, die Arbeitszeitverkürzung sogar zum Schlüssel von sozialen Utopien, von ‚Wiedergewinnung einer linken Hegemonie über den konservativen Zeitgeist‘ und von breiter gewerkschaftlicher Mobilisierung für Solidarität und soziale Gerechtigkeit“ versteht.¹⁰

In unseren Gesprächen und Diskussionen mit Jugendlichen zeigt sich, daß dieser Weg gewerkschaftlicher Politik auf große Zustimmung stößt. Die

8 Die Korrelation zwischen Leistungsorientierung und ausgrenzendem Nationalismus erreicht bei gewerkschaftlich organisierten Jugendlichen einen Wert von $r = .5217$ und bei den unorganisierten Auszubildenden von $r = .3413$.

9 Gegen arme Menschen, die in Deutschland leben und zudem nach äußeren Merkmalen als Ausländer klassifiziert werden, richtet sich die Ausgrenzung noch deutlicher.

10 Claus Schäfer, „Dumm und töricht“ sind nur die Argumente gegen Arbeitszeitverkürzung, in: GMH 2/1994, S. 105.

Bereitschaft, sich für eine Verteilung der vorhandenen Arbeit einzusetzen, scheint relativ groß zu sein. Gleichzeitig glauben viele Jugendliche aber nicht, daß eine solche Gewerkschaftspolitik letztendlich erfolgreich sein wird, und es werden Zweifel angemeldet, ob eine solche Orientierung sich auf der Handlungsebene durchsetzen läßt.

Wir stellten den Jugendlichen eine Frage, in der sie sich für eines von drei „Parteiprogrammen“ entscheiden sollten. Jugendliche in den untersuchten Regionen stimmen einem „sozialen Prinzip“ („Soziale Unterschiede sollen ausgeglichen werden“) zu knapp über 35 Prozent zu. Dem „Leistungsprinzip“ („Nur wer viel leistet, sollte viel bekommen“) wurde von der überwiegenden Mehrheit nicht zugestimmt, es sprachen sich 14 Prozent dafür aus. Aber 50 Prozent sind der Meinung, „jeder soll bekommen, was ihm gerechterweise zusteht“. Gewerkschaftlich organisierte und nicht organisierte Auszubildende unterscheiden sich zwar nicht signifikant in den genannten Äußerungen, aber die organisierten sind beim sozialen Prinzip zurückhaltender als nichtorganisierte Jugendliche. Gesellschaftlich problematisch scheint eine Entwicklung zu sein, die sowohl das Leistungsprinzip wie das Gerechtigkeitsprinzip nicht hinterfragt. Solange finanzielle Absicherung oder Zuwendungen weitgehend von dem Zugang zur Erwerbsarbeit abhängen, kann es als nur gerecht angesehen werden, wenn Menschen, die keiner Erwerbsarbeit nachgehen (können), in finanzieller Hinsicht schlecht ausgestattet sind. Die Ausgrenzung von armen Menschen ohne Erwerbsarbeit findet hier eine Basis. Gewerkschaftliche Politik, die auf gesellschaftliche Perspektiven ausgerichtet ist, muß das soziale Prinzip aktiv auf der tariflichen und gesellschaftlichen Handlungsebene vertreten, um den Ausgrenzungen wirkungsvoll entgegenwirken zu können.

2. Erfahrung von unterschiedlichen Interessen

In unserer Broschüre „Du mußt so handeln, daß Du Gewinn machst...“ schrieben wir: „Die eigene Entfremdung von der Arbeit, die darin begründet liegt, daß man sich fremden Zwecken unterwirft, wird scheinhaft aufgehoben durch die neue Identität von Betriebsinteresse und Eigeninteresse. Die Idee der individuellen Selbstverwirklichung scheint realisierbar, die gesamtgesellschaftliche Verantwortungsübernahme dagegen überflüssig. Es genügt, an sich selbst zu denken, da dadurch scheinbar auch dem Ganzen genützt wird. Gewerkschaftliches Denken findet hier keinen Platz mehr, sofern es auf der Differenz von zwei verschiedenen Interessen aufbaut. Ein Widerspruch, der zur Auseinandersetzung auffordern würde, bleibt ausgeklammert, die vorherrschende Denkweise wird so zur Selbstverständlichkeit“.¹¹

¹¹ Josef Held/Hans-Werner Horn/Rudolf Leiprecht/Athanasios Marvakis, „Du mußt so handeln, daß Du Gewinn machst...“. Empirische Untersuchungen und theoretische Überlegungen zu politisch rechten Orientierungen jugendlicher Arbeitnehmer, Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung, Duisburg 1992.

Die empirischen Ergebnisse zeigen, daß es hinsichtlich der Einschätzung von Solidarität und Kollegialität am Arbeitsplatz keinen großen Unterschied zwischen organisierten und nicht organisierten Jugendlichen gibt. Auch unterscheiden sich diese Gruppen nicht in den Vorstellungen, wie sie Probleme bewältigen wollen - eher individuell oder kollektiv -, aber sie unterscheiden sich, wie oben ausgeführt, sehr deutlich in ihren politischen Orientierungen in bezug auf Ausgrenzung. Jugendliche Gewerkschaftsmitglieder fühlen sich insbesondere durch mögliche Arbeitslosigkeit und Lebensverteuerung stärker bedroht als ihre nicht organisierten Altersgenossen. Daraus könnten sie den Schluß ziehen, daß es sinnvoll ist, sich gewerkschaftlich zu organisieren, um den realen Bedrohungen eine kollektive Gefahrenabwehr entgegenzusetzen. Für die real existierenden und erfahrbaren Bedrohungen bieten sich unterschiedliche Erklärungsmodelle an, die auch innerhalb gewerkschaftlicher Politik deutlich werden.

3. Bedürfnis nach Sicherheit

Die Gründe, warum sich Jugendliche in Gewerkschaften organisieren, sind vielfältig. Es ist aber davon auszugehen, daß die Mitgliedschaft in einer Gewerkschaft immer auch Schutz vor Bedrohungen bieten soll. Bedrohungen durch Arbeitslosigkeit und Lohnverlust sind für viele Jugendliche real erfahrbar. Gewerkschaftlich organisierte Jugendliche fühlen sich deutlich stärker durch eine „Verteuerung des Lebens“ und durch „Arbeitslosigkeit“ bedroht. Die Bedrohung hat aber keinesfalls zur Konsequenz, daß sich die organisierten Jugendlichen eher bewaffnen würden oder gewalttätiger gegenüber Ausländern bzw. Asylbewerbern seien. Wenn gewerkschaftlich organisierte Jugendliche Schutz vor Bedrohung suchen, erhoffen sie dies offensichtlich in ihrer Organisation. Dies bedeutet aber nicht unbedingt, daß der Schutz für alle gleichermaßen gelten soll. Die Erwartung, daß nach Prioritäten geschützt wird, die auch entlang von Nationalitätenzugehörigkeiten verteilt werden, ist möglicherweise vorhanden. So könnte zumindest die relativ große Bereitschaft erklärt werden, Ausländern nicht das gleiche Arbeitsrecht zuzugestehen wie deutschen Arbeitnehmern.

In den Betrieben tritt nach unseren Erfahrungen diese Position bisher zumindest nicht offen zutage. Das mag möglicherweise darauf zurückzuführen sein, daß innerbetrieblich weitgehend gemeinsame Erfahrungen gemacht werden, die eine Differenzierung nach Nationalitäten absurd erscheinen lassen würden. Eine andere Erklärung, für die wir auch Hinweise fanden, besteht darin, daß die Auszubildenden die Differenzen in der innerbetrieblichen sozialen Positionierung erkennen und sich relativ sicher sind, daß sich hieran kaum etwas ändern wird.

Wenn das Bedürfnis nach Sicherheit und Schutz vor Arbeitslosigkeit und Verteuerung des Lebens nicht in individuellen Strategien, die auch mit Hilfe der Gewerkschaften erhofft werden können, münden soll, ist die Erfahrung kollektiver Erfolge für diese Ziele wichtig. Die individuelle Suche nach

Sicherheiten, z. B. in einem Verständnis von Gewerkschaften als „Versicherungsunternehmen“ legen dagegen Ausgrenzungen nahe. Berechtigungen auf einen Arbeitsplatz, bzw. zur Erhaltung eines Arbeitsplatzes können so leicht entlang von Nationalitätenzugehörigkeit ausgewiesen werden.

Handlungsmöglichkeiten und Perspektiven

Wir werden uns hier nur auf einige wenige Hinweise für Handlungsmöglichkeiten und Perspektiven gewerkschaftlicher Bildungsarbeit beschränken. Wichtig ist es zu verstehen, daß jugendliche Arbeitnehmer ihre politischen Orientierungen nicht lediglich als Reflex auf soziale gesellschaftliche Bedingungen entwickeln. Ihre politischen Orientierungen sind ernstzunehmen als die jeweils subjektive Vorstellung vom sozialen gesellschaftlichen Leben, nach denen sie ihre Handlungen auszurichten versuchen.

Es ist festzustellen, daß Jugendliche in großer Zahl bestehende Organisationen eher ablehnend gegenüberstehen. Auch bekunden sie zwar mehrheitlich, daß sie sich für politische Themen nicht interessieren, geben jedoch noch deutlicher zu erkennen, daß ein Grund dafür in der ungenügenden Berücksichtigung ihrer Interessen und Probleme seitens der Organisationen liegt. Das Gefühl, innerhalb der Organisationen nicht ernst genommen zu werden, ist bei den Jugendlichen stark vorhanden. Hierin sehen sie ebenfalls einen Hinderungsgrund für persönliches Engagement. Dies gilt sowohl für gewerkschaftlich organisierte wie für nicht organisierte Jugendliche. Die sichtbare Distanz zu politischen und gewerkschaftlichen Organisationen kann keineswegs einfach als Interessenlosigkeit und Standpunktlosigkeit gewertet werden.

Jugendliche, die bereit sind, für die Jugend- und Auszubildendenvertretung zu kandidieren, unterscheiden sich in der Tendenz von denen, die keine Bereitschaft angeben, sich betrieblich auf diesem Gebiet zu engagieren. Auszubildende, die sich vorstellen können, selber Jugendvertreter zu werden, sind in ihren politischen Orientierungen deutlich weniger ausgrenzend national und lehnen rassistische Orientierung klarer ab, als Jugendliche, die auf keinen Fall in der Jugend- und Ausbildungsvertretung tätig werden wollen. Hierin kann gegenwärtig ein Ansatzpunkt gesehen werden, z. B. über verstärktes Einbeziehen in die Arbeit der betrieblichen Interessenvertretung Rechtstendenzen entgegenzuwirken. Deutlich wird aber gleichzeitig, daß insbesondere in der Westregion Jugendliche zum Engagement in der Jugend- und Auszubildendenvertretung bereit sind, die sich selber „eher rechts“ oder „rechts“ einordnen. Handlungsmöglichkeiten für gewerkschaftliche Jugendbildungsarbeit sind u. a. davon abhängig, was sich Jugendliche selber unter gewerkschaftlicher Arbeit vorstellen und was sie von Gewerkschaften erwarten.

Es ist ja bekannt, daß Angebote alleine nicht die erwartete Resonanz hervorrufen. Wir haben deshalb die Jugendlichen auch danach gefragt, was sie

selber für Veränderungen innerhalb von Organisationen vornehmen würden. Die Fragestellung lautete: „Wenn Du innerhalb von Organisationen (z. B. der Gewerkschaft) etwas verändern könntest, was wäre Dir wichtig?“ Der Wunsch nach gleichberechtigter Mitsprache, nach autonomer Gestaltung ohne Kontrolle von oben und der stärkeren Berücksichtigung der Interessen von Frauen sind die Punkte, die Jugendliche im Durchschnitt am meisten veränderungsbedürftig finden.

Wir können uns die Frage stellen, was dies denn mit politischer Orientierung zu tun hat? Einen Anhaltspunkt sehen wir darin, daß es bei allen Items einen negativen Zusammenhang zu den Komponenten rechter Orientierungen gibt (Rassismus, Nationalismus, ausgrenzend nationale, völkisch nationale, expansiv nationale Orientierung). Der Zusammenhang zur internationalen Orientierung ist jeweils positiv ausgeprägt. Besonders stark ist der negative Zusammenhang zwischen dem Item: „Jeder sollte gleichberechtigt mitentscheiden können, unabhängig von der Herkunft!“ und den politisch rechten Orientierungen. Gleiches gilt für die Auffassung: „Es sollten mehr Treffen mit Jugendlichen aus anderen Ländern stattfinden!“ Für gewerkschaftliche Jugendbildungspolitik wäre es wichtig, diese Wünsche und Ansätze gewerkschaftlichen und politischen Engagements ernster zu nehmen als bisher. Eine Stärkung des eigenverantwortlichen Handelns kann dazu beitragen, daß die politisch rechten Vorstellungen weniger Entwicklungsmöglichkeiten erlangen.

Wie bereits ausgeführt, fanden wir in der untersuchten Westregion Hinweise darauf, daß Jugendliche, die sich politisch rechts einordnen, beginnen, aktiv zu werden. Es scheint außerordentlich wichtig zu sein, diesen Entwicklungen nicht gleichgültig zu begegnen. Politische Bildung, verstanden in einem weiter gefaßten Rahmen, muß verstärkt werden. Wir sehen, daß die gesellschaftlichen Tendenzen nicht an den Jugendlichen vorübergehen, sondern, daß die Jugendlichen sich z. T. sehr bewußt dazu stellen. Die Frage, welche Gesellschaft wir in Zukunft und für unsere Zukunft wollen, muß Gegenstand der politischen Bildung und Auseinandersetzung werden. Dazu ist es erforderlich, die Voraussetzung zur aktiven Teilnahme an der politischen Diskussion und Gestaltung zu verbessern. Wir konnten feststellen, daß die Jugendlichen teilweise geradezu mit Engagement bereit waren, über politische Themen zu diskutieren, und wir hatten den Eindruck, daß dies kaum geschieht. Gerade im gewerkschaftlichen Bereich ist es wichtig, daß die Jugendlichen ein Forum der Auseinandersetzung und Gestaltung finden. In Anbetracht zunehmender Internationalisierung wirtschaftlicher Strukturen wäre es unbedingt erforderlich, gewerkschaftliche Kontakte und Austauschmöglichkeiten für Jugendliche an der (betrieblichen) Basis zu verstärken. Gerade für größere Betriebe, die Niederlassungen in verschiedenen Ländern haben, böte sich eine gute Gelegenheit, Voraussetzungen für übernationale Lernmöglichkeiten zu forcieren.